

<b>ANFRAGE</b>  Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke)  vom 01.10.2014	Gremium:  Termin: Vorlage Nr.: TOP:	<b>4. Plenarsitzung Gemeinderat</b>  <b>18.11.2014</b> <b>2014/0190</b> <b>17.2</b>  <b>öffentlich</b>
<b>Hilfe für Flüchtlinge: Private Sicherheitsdienste in Flüchtlingseinrichtungen in Karlsruhe</b>		

1. Welche privaten Sicherheitsdienste sind in welchen Flüchtlingseinrichtungen in Karlsruhe beschäftigt?
2. Welcher private Sicherheitsdienst ist in Karlsruhe mit welchen Aufgaben betreuert (Angaben bitte pro Flüchtlingseinrichtung)?
3. Worin liegen nach Kenntnissen der Stadtverwaltung die Gründe dafür, dass die Landesregierung bzw. das Regierungspräsidium in einem politisch und humanitär so sensiblen Bereich wie Flüchtlingsunterkünften profitorientierte Sicherheitsunternehmen einsetzt?
4. Teilt die Stadtverwaltung die Auffassung, dass Sicherheit und Organisation gerade von Flüchtlingseinrichtungen eine hoheitliche Aufgabe darstellen, die entsprechend von staatlichen bzw. kommunalen Behörden und deren Personal durchzuführen ist?
5. Teilt die Stadtverwaltung die Auffassung, dass Aufgaben wie die Essensausgabe oder die Zuteilung von Betten von qualifiziertem und entsprechend ausgebildetem Personal staatlicher, kommunaler oder sozialer (Wohlfahrtsorganisationen usw.) Dienste ausgeführt werden müssen, anstatt mit Personal, das auf die Sicherung von Objekten, Wertgegenständen und Personen gegenüber kriminellen Angriffen spezialisiert ist?
6. Wird die Stadt sich bei der Landesregierung dahingehend einsetzen, dass in Flüchtlingseinrichtungen in Karlsruhe anstatt privater Wachfirmen qualifiziertes Personal des öffentlichen Dienstes bzw. von Wohlfahrtsorganisationen eingesetzt wird?

Wenn Nein, warum nicht?

7. Wird vom Personal beauftragter Sicherheitsfirmen in Flüchtlingseinrichtungen ein besonderes Qualifikations- und Verhaltensprofil vorausgesetzt und vertraglich vereinbart?

Wenn nein, warum nicht?

Wenn ja:

8. Welche besonderen Qualifikations- und Verhaltensprofile werden vom Personal beauftragter Sicherheitsfirmen in Flüchtlingseinrichtungen in Karlsruhe seitens der verantwortlichen Behörden erwartet und vertraglich fixiert?
9. Welche Behörde hat das Qualifikations- und Verhaltensprofil für auf welcher Grundlage erstellt?
10. Welche besonderen Qualitätsanforderungen für ihre Tätigkeit in Flüchtlingseinrichtungen wurden seitens der zuständigen Behörden mit den unter Vertrag genommenen privaten Sicherheitsdiensten vereinbart?
11. Wie und in welchen Zeitabständen wird die Einhaltung dieser Qualitätsanforderungen durch die privaten Sicherheitsdienste in den Flüchtlingseinrichtungen seitens der verantwortlichen Behörden kontrolliert?
12. Ist es bei Beauftragung eines Sicherheitsdienstes möglich, dass dieser weitere Sicherheitsdienste als Subunternehmen beauftragt?
13. Wurden in Karlsruhe von beauftragten Sicherheitsunternehmen weitere Sicherheitsfirmen als Subunternehmen beauftragt und in Flüchtlingseinrichtungen eingesetzt?
- a) Wenn ja, in welchen Flüchtlingseinrichtungen?
- b) Wenn ja, wie erfolgt die Kontrolle dieser als Subunternehmen beauftragten Sicherheitsfirmen in Flüchtlingseinrichtungen in Karlsruhe in Bezug auf die besonderen Anforderungen der Arbeit in einer Flüchtlingseinrichtung?
14. Wie ist das in Karlsruher Flüchtlingseinrichtungen eingesetzte Wach-Personal privater Sicherheitsfirmen ausgebildet für spezifische Situationen und Lagen wie:

- 
- a) Besondere Stress-Situation der Flüchtlinge, Traumatisierung, Angst usw.?
  - b) Zusammenleben vieler Nationalitäten mit unterschiedlichen Sprachen auf engstem Raum und entsprechenden Stress- und Angstfaktoren?
  - c) die spezifische Situation von Frauen und Kindern?
  - d) aus diesen Lagen erwachsende Kommunikationsprobleme?

15. Welche Möglichkeiten haben die Flüchtlinge in Flüchtlingseinrichtungen in Karlsruhe, sich gegen ihrer Ansicht nach unzumutbares Verhalten von Wach- und Sicherheitspersonal zu beschweren/zu wehren?

**Sachverhalt/Begründung:**

Die ersten Meldungen über Misshandlungen von Flüchtlingen durch Wachpersonal privater Sicherheitsfirmen hat einen großen Teil der Öffentlichkeit auch damit überrascht, dass profitorientierte Firmen, deren Kernaufgaben im Personen- und Objektschutz, in Security-Diensten bei Werttransporten und Veranstaltungen liegen, in Flüchtlingsunterkünften beschäftigt sind und Aufgaben übernehmen, die man im polizeilichen und humanitären Bereich vermuten sollte. Unserer Ansicht nach werden hier hoheitliche Aufgaben bzw. Aufgaben, die bei staatlichen oder kommunalen Institutionen, Wohlfahrtsverbänden, Flüchtlingsorganisationen usw. richtig angesiedelt sind, in politisch unzulässiger Weise von der Landesregierung privatisiert. Die Anfrage soll zudem klären, inwie- weit die öffentliche und staatliche Kontrolle gewährleistet ist, damit Sicherheit, Menschenwürde und Unversehrtheit der durch ihre Lage völlig schutzlosen Flüchtlinge in Karlsruhe zuverlässig und auf Dauer gewahrt bleiben.

unterzeichnet von:

Sabine Zürn

Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

7. November 2014